

E 7110 1967/32/900 Deutschland/1942-1943/11

*Le Conseiller de Légation à la Légation de Suisse à Berlin, A. Zehnder,
au Directeur de la Division du Commerce
du Département de l'Economie publique, J. Hotz*

L Vertraulich

Berlin, 2. Dezember 1943

Herr Generalkonsul Rüter, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Gesandtschaft in Bern, ist gegenwärtig zur Berichterstattung in Berlin. Gestern mittag referierte er vor dem Gremium der deutschen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz über den Stand der schweizerisch-deut-



schen Wirtschaftsbeziehungen und die Aussichten für ein neues Abkommen für die Zeit nach dem 1. Januar 1944.

Seine Ausführungen sollen von einem tiefen Pessimismus gewesen sein. Insbesondere soll er erklärt haben, dass Sie, Herr Direktor, gar nicht geneigt wären, vor Jahresende die Verhandlungen aufzunehmen, denn Sie wüssten gar nicht, worüber Sie eigentlich verhandeln sollten¹. Nach Rüter wäre es für die Schweiz nur dann möglich, zu einem neuen Abkommen mit Deutschland zu gelangen, wenn die deutsche Delegation sich entschliessen könnte, eine verschärfte Kontingentierung auf dem Maschinensektor zu schlucken. Ist sie nicht in der Lage, eine solche Lösung ins Auge zu fassen, so müsste man den Schweizern Zeit lassen, mit den Alliierten die Verhandlungen zu Ende zu führen. Er persönlich beurteile allerdings auch diese Möglichkeit sehr skeptisch.

Die deutsche Delegation soll auseinandergegangen sein, ohne einen Beschluss gefasst zu haben. Vielmehr behielten sich die Herren vor, auf die Besprechung nach Rücksprache mit ihrem eigenen Minister zurückzukommen. Immerhin soll die Frage ventiliert worden sein, ob man die Schweiz nicht unabhängig von den Alliierten machen könnte, indem man sie von Deutschland aus mit russischen oder osteuropäischen Futtermitteln, Oelpflanzen, Fetten und Getreide beliefern würde. Herr Wiehl soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen haben, dass man damit der Schweiz kaum dienen würde, denn der Handel mit den Alliierten sei für die Schweiz auch ein politisches Problem. Man müsse also schon eine Lösung ins Auge fassen, die der schweizerischen Neutralitätspolitik auch auf wirtschaftlichem Gebiet besser Rechnung trägt.

1. *Par une notice adressée au Chef du DEP, Hotz rapporte sur son entretien avec Rüter du 16 novembre 1943:*

a) Die Deutsche Regierung ist der Auffassung, dass im Interesse der Kontinuität der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen in ca. 8–10 Tagen in *Berlin* neue Verhandlungen zur Besprechung des Vertrags-Regimes nach dem 31. Dezember 1943 aufgenommen werden sollten. Es sollte möglich sein, die grundlegenden Fragen in ca. 8 Tagen durchzusprechen, dann die Verhandlungen für *ca. eine Woche zu unterbrechen* und etwa um den *10. Dezember herum* in *Bern* zu Ende zu führen.

b) Mit Rücksicht auf die gegenwärtige ungeklärte Lage mit den Alliierten, der rückläufigen deutschen Einfuhr und auch der noch völligen Unübersichtlichkeit, wie sich bis Ende des Jahres das Abkommen vom 1. Oktober effektiv auswirken wird, habe ich *mit Rüter gegenüber reserviert verhalten*. Ich liess durchblicken, dass meine Abwesenheit von Bern mit Rücksicht auf die starke Inanspruchnahme durch sehr wichtige internationale Verhandlungen, durch Vorarbeiten für die kommende Parlamentssession und dann im Dezember wegen der Tagung der eidgenössischen Räte in den nächsten Wochen kaum möglich sein werde. Ich versprach lediglich *Prüfung des deutschen Begehrens durch die ständige Verhandlungsdelegation sowie Herbeiführung einer baldigen Stellungnahme des Bundesrates*.

c) Die ständige Verhandlungsdelegation hat die Angelegenheit ebenfalls geprüft und ist einstimmig der Auffassung, dass neue Verhandlungen aus den unter b) angegebenen Gründen möglichst lange hinausgeschoben werden sollten. Die handelspolitische Lage erscheint im jetzigen Zeitpunkt derart *unabgeklärt*, dass in nächster Zeit aufzunehmende Verhandlungen mit Deutschland sich als eigentlicher «Verlegenheitsakt» präsentieren müssten. Sie ist der Auffassung, dass wir alles Interesse daran haben, die Dinge ruhig an uns herankommen zu lassen und *von einer Reise in nächster Zeit nach Berlin dringend abzusehen sei*. (*Notice du 18 novembre pour Stampfli*, E 7800/1/16).

2 DÉCEMBRE 1943

129

Die nächste Sitzung soll auf Freitag vormittag festgesetzt sein, woraufhin Herr Wiehl mich wahrscheinlich empfangen wird, um mir die Beschlüsse der deutschen Delegation bekanntzugeben. Herr Wiehl persönlich scheint nach einer Lösung zu suchen, die die Kontinuität der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gewährleisten würde, sieht aber eine solche solange nicht, als der schweizerische Warenstrom nach Deutschland zu versiegen droht, sei es infolge schärferer Kontingentierung oder, wie Herr Sabath sich ausdrückte, infolge eines komplizierten Kontingentierungssystems, welches mit den bestehenden staatlichen Mitteln in der Schweiz praktisch nur so hinkend durchgeführt werden kann, dass es an eine unfreiwillige Sabotage grenzt².

L'attitude définie par la «Délégation permanente pour les négociations économiques avec l'étranger» est approuvée par le Conseil fédéral lors de sa séance du 19 novembre (PVCF N° 2021, E 1004.1 1/439). Le point de vue suisse est exposé aux négociateurs allemands par Hotz et Homberger lors d'une séance le 26 novembre 1943 (Cf. E 2001 (E) 1/117 et E 2001 (E) 2/575, et E 7110/1976/134/59).

2. Par une lettre (non reproduite) adressée au Chef du DEP le 30 décembre 1943, la BNS regrette que les décisions au sujet des négociations économiques avec l'Allemagne soient prises uniquement par des responsables du DEP, du DPF et du Vorort de l'USCI. Dans sa réponse (non reproduite) du 12 janvier 1944, Hotz rappelle que la «Délégation permanente» a été nommée par le Conseil fédéral en 1939 et qu'elle est formée par J. Hotz, H. Homberger et R. Kohli qui dirige la SCIFE du DPF créée en 1941 afin de traiter les questions financières. Les associations économiques et les établissements financiers sont régulièrement informés et consultés par la «Délégation permanente».